

+ Pro: **Mit Steuersenkungen aus der Krise?**

von Roland Döhrn



↳ Dr. Roland Döhrn ist Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“ am Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung in Essen.

Foto: www.rwi-essen.de

» Auf den beispiellosen Einbruch der Konjunktur im Winterhalbjahr 2008/09 hat die Bundesregierung zwei defizitfinanzierte Konjunkturprogramme beschlossen, die Ausgaben von 80 Mrd. Euro vorwiegend in den Jahren 2009 und 2010 vorsehen. Kehrseite der Medaille ist, dass das strukturelle Haushaltsdefizit spürbar steigen wird. Dies schränkt die Möglichkeiten der Finanzpolitik in den kommenden Jahren beträchtlich ein. Vor dem Hintergrund stellt sich die Frage, ob das Geld gut ausgegeben wird, die Pakete also einerseits die erhofften konjunkturellen Wirkungen zeigen, andererseits die Perspektive auf mehr Wachstum eröffnen.

» Die Bundesregierung setzt in ihrem Programm wesentlich auf öffentliche Investitionen. Bestärkt wird sie darin von zahlreichen wissenschaftlichen Analysen, die diesen besonders hohe Multiplikatorwirkungen bescheinigen. Inzwischen wird aber immer deutlicher, wie schwierig es ist, Investitionsvorhaben zeitnah umzusetzen. Obwohl die Vergaberichtlinien vereinfacht wurden, ist erst für das zweite Halbjahr 2009 ein nennenswerter Nachfrageschub zu erwarten, also mehr als ein halbes Jahr, nachdem der Konjunkturinbruch diagnostiziert wurde. Hinzu kommt, dass Zweifel anzumelden sind, ob das Programm jene Art von Projekten fördert, die tatsächlich das Wachstum stimulieren.

Steuersenkungen haftet dagegen der Ruf an, dass sie wenig für die Konjunktur bringen, unter anderem weil ein großer Teil der erhöhten Netto-

einkommen gespart wird. Diese Auffassung wird durch eine Reihe neuerer Untersuchungen in Frage gestellt, die deutlich höhere Multiplikatoren als frühere Untersuchungen ausweisen. Vor allem aber können Steuersenkungen sehr zeitnah, ja – wie die Erfahrung zeigt – sogar rückwirkend umgesetzt werden, was die konjunkturellen Wirkungen verstärkt.

» Nun sind die Entscheidungen bezüglich des Konjunkturprogramms so wie sie gefallen sind. Aber sie haben möglicherweise hohe Opportunitätskosten. Aufgrund der angespannten Lage des Staatshaushalts ist für die kommenden Jahre erst einmal eine zurückhaltende Ausgabenpolitik angesagt, um den Haushalt zu konsolidieren. Somit gibt es vorerst keinen Spielraum, jene Probleme anzugehen, unter denen der deutsche Steuertarif leidet. Erstens ist die Grenzbelastung von BezieherInnen mittlerer Einkommen aufgrund der Progression außerordentlich hoch. Zweitens greift der Spitzensteuersatz sehr früh, nämlich bei Einkommen, die gerade einmal das 1,6-fache des Durchschnittseinkommens betragen. Hätte man diese Probleme in den vergangenen Monaten angepackt, man hätte erstens ein lange erkanntes Defizit beseitigt, das sich hemmend auf das Wachstum auswirkt. Zweitens hätte man wahrscheinlich der Konjunktur zum heutigen Zeitpunkt bereits Impulse gegeben, denn eine Änderung des Steuertarifs kann, wie das Konjunkturpaket II zeigt, rascher umgesetzt werden als höhere Investitionen. Zudem hätte eine Steuerreform wie die skizzierte durchaus Haushalte mit einer hohen Konsumquote begünstigt. ■

■ Contra: Mit Steuersenkungen aus der Krise?

Till van Treeck



↳ Till van Treeck promoviert am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

Foto: privat

Die Finanzkrise hat bei vielen Menschen den Eindruck verstärkt, dass sie seit langem nicht angemessen am gesellschaftlichen Wohlstand beteiligt werden. Der weitgehende Verzicht auf steigende Realeinkommen scheint sich gesamtwirtschaftlich nicht ausgezahlt zu haben. Im Gegenteil: In den USA waren stagnierende Masseneinkommen bei kräftiger Konsumententwicklung eine Hauptursache für die Überschuldung der unteren Einkommensgruppen, die schließlich zu den Verwerfungen im Kreditsystem geführt hat. Und in Deutschland hat die schwache Entwicklung der Masseneinkommen zu der Konsum- und Binnennachfrageschwäche bei starker Exportabhängigkeit beigetragen, unter der das Land bei dem aktuellen globalen Wachstums-einbruch nun so leidet. Und jetzt soll auch noch die Allgemeinheit für den Schaden aufkommen, der von der Krise im Finanzsektor ausgeht.

In dieser Situation erscheint die Losung „Mehr Netto für alle“, wie sie die Unionsparteien ausgegeben haben, zunächst einleuchtend. Durch Steuerentlastungen sollen Anreize für die „Leistungsträger“ geschaffen werden, Deutschland aus der Krise zu helfen. Die SPD will zwar durch eine höhere „Reichensteuer“ und eine Börsenumsatzsteuer diejenigen stärker belasten, die von der Umverteilung im finanzmarktdominierten Kapitalismus besonders profitiert haben. Die Reichensteuer betrifft allerdings nur einen sehr kleinen Teil der Haushalte (künftig geplant ab 125.000 Euro Jahreseinkommen). Gleichzeitig sollen durch die Senkung des Eingangssteuer-

satzes von 14 auf 10 Prozent offenbar alle Tarifgruppen bis zum Spitzensteuersatz entlastet werden.

Die geplanten Maßnahmen werden den Herausforderungen der aktuellen Krise aber nicht gerecht. Das strukturelle Problem in Deutschland ist die schwache binnenwirtschaftliche Wachstumsentwicklung. Ein Beitrag zu deren Überwindung wäre die Stärkung der unteren Einkommensgruppen mit hoher Konsumneigung. Diese sind aber von der Einkommensteuer zu großen Teilen gar nicht betroffen. Der Königsweg zu einer besseren Verteilungsentwicklung liegt vielmehr primär in einer Re-Regulierung des Arbeitsmarkts. Darüber hinaus kann eine stärkere Steuerfinanzierung der sozialen Sicherung sinnvoll sein. Hierzu wäre aber ein höheres Steueraufkommen nötig, nicht Steuersenkungen. Dies gilt umso mehr, als Deutschland es sich nicht länger leisten kann, bei öffentlichen Investitionen und Bildungsausgaben systematisch hinter internationalen Standards zurückzubleiben. Diese staatlichen Aufgaben sollten aus verteilungs- und wachstumspolitischen Gründen Priorität gegenüber Steuersenkungen haben. Während öffentliche Investitionen unmittelbar die wirtschaftliche Dynamik stützen und besonders auch den sozial Schwächeren zu Gute kommen, werden Steuererleichterungen angesichts der aktuellen allgemeinen Verunsicherung zu großen Teilen in die Ersparnis fließen. Die Konjunktur wird damit kaum stimuliert, aber die Finanzierungsbasis für sinnvollere Maßnahmen nachhaltig beschnitten. ■